

# Stadt Neu-Anspach

## BESCHLUSS

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
vom Donnerstag, den 03.12.2020.

### **3.9 Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 Vorlage: 238/2020**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 nicht abschließend zu beraten, sondern die detaillierte Beratung der Vorlage und Beschlussfassung bis zur Klärung wesentlicher Randbedingungen zurückzustellen.

**Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einsetzung eines nicht öffentlich tagenden Arbeitskreises Haushalt, worin Finanzfachleute jeder Fraktion vertreten sind. Berater von Spitzenverbänden oder der Beratungsstelle der Nicht-Schutzschirmkommunen sollten bei Bedarf hinzugezogen werden.

**Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, über den HSGB auf die Hessische Landesregierung einzuwirken, die Schuldenbremse für notleidende Kommunen vorübergehend auszusetzen. Weiterhin soll bitte geklärt werden, ob, wieviel, wofür und wann Gelder aus dem neuen Sondervermögen des Landes für Neu-Anspach zur Verfügung gestellt werden und ob diese zur Deckung unverschuldeter Einnahmeverluste Verwendung finden dürfen. Die Korrespondenz mit dem HSGB und dem Land soll dem überarbeiteten Haushaltsentwurf beigefügt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt weiter, beim Land Hessen dringend zu beantragen, jene in 2018 nicht von der Hessenkasse übernommenen Kassenkredite (ca. 2,2 Mio. Euro) nachträglich in das Programm aufzunehmen. Weiterhin wird der Magistrat beauftragt, die vorübergehende Aussetzung der Tilgung (365.000 Euro) zu beantragen, so lange deutliche Steuermindereinnahmen zu verzeichnen sind. Die Korrespondenz mit dem Land soll dem überarbeiteten Haushaltsentwurf beigefügt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Eingabe eines Antrags an den Hochtaunuskreis, die Kreis- und Schulumlage zu reduzieren. Die Stellungnahme des Hochtaunuskreises soll dem überarbeiteten Haushaltsentwurf beigefügt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Unterlagen zur Erweiterung und Aufstockung des hessischen Kommunalpaktes vom 06.11.2020 anzufordern und um Prüfung, ob, wie und wann Neu-Anspach davon profitieren kann. Insbesondere sollen die Auswirkungen der Korrekturen des kommunalen Finanzausgleiches geprüft und berechnet werden. Die Ergebnisse sollen vorgelegt werden. Bei den Prüfungen sollte ggf. die Hilfe des HSGB in Anspruch genommen werden, da dieser als kommunaler Spitzenverband sicher an der Erstellung des Konzeptes der Landesregierung beteiligt war.

**Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat mit den – zur Vorbereitung der Beratungen über den Haushalt 2021 – gemäß Anlage beigefügten Prüfaufträge der SPD-Fraktion sowie die Anträge/Prüfungen der b-now-Fraktion zu beauftragen.

**Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimme(n), 14 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat mit den – zur Vorbereitung der Beratungen über den Haushalt 2021 – gemäß Anlage beigefügten Sparvorschläge der CDU-Fraktion zu beauftragen.

**Beratungsergebnis: 33 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)**